

# DGB fühlt Politikern der Region auf den Zahn

Gute Arbeit, gute Bildung, handlungsfähiger Staat, diese Themen liegen dem DGB am Herzen. Um so genauer wollten sie die Positionen der einzelnen Direktkandidaten für die Landtagswahlen erfragen.

Von Doreen Fischer

**Neuhaus am Rennweg** – Mehrere Forderungen an die Politik hatte Sandro Witt, stellvertretender Bezirksvorsitzender DGB, Bezirk Hessen-Thüringen im Gepäck, die er den vier Kandidaten für den Landtag mit auf den Weg gab.

Wichtigstes Ziel sei es, freigeählte und dauerhafte Arbeit, die in der Landesverfassung festgelegt ist, tatsächlich zu garantieren. „Wir haben das Gefühl, dass das aus den Fugen geraten ist“, erklärte er mit Blick auf 1-Euro- und 450-Euro-Jobs sowie Leiharbeit. Unternehmen, die bevorzugt solche Möglichkeiten nutzen, sollten von Förderungen durch den Freistaat ausgeschlossen werden. Zwar Sorge der Mindestlohn für etwas mehr Ordnung auf dem Arbeitsmarkt, jedoch seien die vorerst geltenden Ausnahmeregelung nicht zu tolerieren.

Auch beim Vergabegesetz müsse darauf geachtet werden, dass öffentliche Aufträge nicht an Firmen vergeben werden,

die sich über Subunternehmer am Mindestlohngesetz vorbeimogeln. „Wer betrügt, der sollte fünf Jahre von der Vergabe ausgeschlossen werden“, stellte Witt klar. Ebenso sei bei der Sonn- und Feiertagsarbeit ein klarer Kurs zu halten. Warum, so wollte der DGB-Funktionär wissen, müsse beispielsweise Zalando an einem 1. Mai Pakete versenden.

Der DGB-Gewerkschaftssekretär Matthias Plhak, der an diesem Abend die Moderation übernommen hatte, wollte zunächst einen Rückblick der letzten fünf Jahre aus Sicht der einzelnen Kandidaten erhalten.

Henry Worm (CDU): „Man muss zunächst die Ausgangsposition von 2009 beachten – wir hatten eine Krise von beachtlichem Ausmaß. Aus dieser schweren Situation heraus kann man die letzten fünf Jahre als

positiv ansehen. 1,2 Milliarden Euro wurden in die Wirtschaftsförderung gepumpt. Daraus resultiert eine gute Wirtschaft vor Ort mit einer Arbeitslosigkeit von teilweise unter fünf Prozent.“ Einschränkend gab er zu bedenken, dass die Löhne im hinteren Bereich rangieren. Dies zu ändern sei eine Aufgabe, an der entsprechend gearbeitet werden müsse.

Steffen Harzer (Die Linke): „450 Millionen Euro hat Herr Voss eingespart, einen Großteil davon auf Kosten der Kommunen.

Eine Merkwürdigkeit der Erfolgsbilanz ist, dass 241 Kommunen keinen beschlossenen Haushalt haben. Erstmal ist es passiert, dass Kommunen zwangsvollstreckt wurden. Die Auswirkungen der Politik der Landesregierung sind verheerend.“ Als Beispiel nannte er die Kita-Finanzierung. Die Zuschüsse an die Kommunen seien nicht ausreichend. Das Ergebnis wären steigende Beiträge für die Eltern.

Alexander Humann (SPD): „Die Kommunen haben arge Einschnitte hinnehmen müssen. Als Stadtrat von Lauscha weiß ich, wie es ist, wenn eine Kommune kein Geld zur Verfügung hat. Ich sehe die Ursachen für solche Entwicklungen nicht in der letzten Legislatur. Die SPD hat einen guten Beitrag geleistet, vor allem durch das Wirtschaftsministerium. Die Frage ist, wie wir aus der Misere wieder herauskommen. Ich sehe das Land in der Pflicht, die Kommunen mehr zu stützen. Der zweite Schritt wäre, wie man die Kommunen leistungsfähiger machen könnte.“

Thomas Vollmar (FDP): „Teilweise erleben wir Förderorgien für Firmen, die von auswärts kommen, aber die nicht wirklich gute Arbeitsplätze schaffen. Das Prinzip dieser Förderungen, 25 Jahre nach der Wende, ist überaltet. In Sachen Kommunalfinanzien sind die Kommunen vom Land ihrer Freiheit beraubt, so dass sie gar nicht mehr können. Straßenausbaubeiträge werden andererseits auch dann aufgezwungen, wenn finanziell gut abgesicherte Kommu-

nen dies gar nicht brauchen. Förderpolitik verfehlt“, attestiert er daher der Landesregierung.

## Städtische Schulden

Zwei Städte, ein Thema, so lautete die Frage nach den Finanzen in ihrer Stadt. Steffen Harzer, ehemaliger Bürgermeister von Hildburghausen ist der Meinung, dass Kommunen ihren Bürgern etwas bieten müssen, wenn diese bleiben sollen. Positive Bilanz: Hildburghausen kann seit 2010 mehr Ein- als Auspendler registrieren.

In Neuhaus hingegen lassen die Finanzen nur kleine Schritte zu. Nach der Wende seien falsche Prioritäten gesetzt worden, weiß der erste Beigeordnete Henry Worm allzu gut. Aber wegen der ordentlichen Steuerquote, die in den Haushalt der Stadt fließt, sieht er Licht am Ende des Tunnels.

## Schuldenbremse

Auch zum Thema Schuldenbremse gibt es bei allen vier Kandidaten keine einheitliche Meinung. Dem Satz von Thomas Vollmar: „Ich bin für eine Schuldenbremse, weil ich an die Kinder denke, die das später mal abzahlen haben“, stimmten Alexander



Henry Worm:

Humann und Henry Worm in jeder Hinsicht zu. Ganz anders Steffen Harzer: „Ganz klares Nein zur Schuldenbremse. Es kann Situationen wie 2008 geben. Da muss man als öffentliche Hand die Möglichkeit haben, investieren zu können.“

## Arbeitszeiten

Sollte an Sonn- und Feiertagen mehr oder weniger gearbeitet werden? Zu dieser Frage möchte der DGB eine eindeutige Meinung von jedem einzelnen Direktkandidaten haben. Die waren sich in diesem Punkt einig: Der Sonntag muss arbeitsfrei gelassen werden. „Aber es gibt Gewerke, die darauf angewiesen sind“, stellte Thomas Vollmar klar. Das kann auch Alexander Humann so bestätigen, gibt aber zu verstehen, dass die Arbeitnehmer in Schichtarbeit, mit Sonn- und Feiertagsarbeit, Probleme haben, ein Familienleben aufrecht zu erhalten.

## Mindestlohn

Dass Mindestlohn auch Arbeitsplätze kosten kann, machte Vollmar deutlich klar. Er zog dazu eine Studie der Baubranche in Ostdeutschland

heran. Dagegen zeigt sich Alexander Humann erfreut darüber, dass der Mindestlohn gesetzlich verabschiedet wurde. „Das war überfällig. Aber er wird sich zukünftig nach oben anpassen müssen“, mahnt er an.

An der Höhe des Mindestlohnes stört sich auch Steffen Harzer. Mindestens 1,50 Euro müssten es mehr sein, um dem Thema Altersarmut begegnen zu können. „Wir bleiben am Thema dran“, setzt er ein Zeichen.

Ähnlich denkt auch Henry Worm: „Man muss von seiner Hände Arbeit leben können. Mit 8,50 Euro kann ich eine Familie nicht ernähren und später ordentliche Rente beziehen.“

## Extremismus

Immer mehr „weichgespülte Hardcore-Nazis“ bereiten dem DGB Sorgen. Umso mehr interessiert sie die Meinung der Kandidaten zu diesem Thema.



Alex Humann.

„Aufklären und wachsam bleiben“, mahnt Alexander Humann. „Ich finde es eine unmögliche Sache, dass die NPD seit zwei Legislaturperioden im Lauschaer Stadtrat sitzt. Die geben sich leutselig und spielen die netten Leute. Entsprechend tritt eine Akzeptanz ein.“

Thomas Vollmar sieht das Thema pragmatisch: „Die Stärken, die sie haben, sind die Stimmen, die sie kriegen. Daher muss man mit den Wählern in Kontakt treten.“

Gegen jegliche Form von Extremismus stellt sich Henry Worm. „Egal von welcher Seite. Ziel der demokratischen Parteien muss es sein, dass die Wähler gar nicht erst in eine extreme Richtung abgleiten.“

Für Steffen Harzer hingegen gibt es in Thüringen gar kein Problem mit Linksextremismus. Daher fordert er: „Null Toleranz gegen Rechtsextremismus.“

## Bildungsfreistellung

In der Frage nach einem fünftägigen Bildungsurlaub sind sich die Kandidaten von CDU, Die Linke und SPD einig, dass dieser kommen sollte. Nur FDP-Kandidat Thomas Vollmar versichert: „Mit mir wird es das nicht geben. Kleine Firmen wären damit überfordert.“

Nach mehr als zwei Stunden Diskussion dann ein Schlusswort von Moderator Matthias Plhak, das gerade in Wahlkampfzeiten angebracht scheint: „Vergessen Sie nicht, was sie heute hier gehört haben.“



Steffen Harzer.



Sandro Witt.



Thomas Vollmar.